

Mitteilungsvorlage

zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff:	Ergebnishaushalt 2026; Übersicht über neu angemeldete Planansätze
Bezug:	
Anlagen: 0	Anlage Übersicht über die etatisierten Neuanmeldungen

Die Verwaltung teilt mit:

Für den Haushaltsplanentwurf 2026 wurden zunächst die Ansätze des Ergebnishaushalts aus dem Haushaltsplan 2025 übernommen. Im Gegensatz zu den Vorjahren erfolgte bei der Hochrechnung der Planwerte keine prozentuale Erhöhung. Die Personalaufwendungen wurden im ersten Schritt auf Grundlage der Personalkostenplanung (PKP) festgesetzt und entsprechen den Tarifsteigerungen fortgeschrieben.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage sind für das Jahr 2026 grundsätzlich keine neuen Aufgaben vorgesehen. In einzelnen Fällen, in denen ein Verzicht nicht möglich oder sachlich nicht vertretbar war, wurde nach Abstimmung mit den Dezernatsleitungen hiervon abgewichen. Insgesamt betragen die etatisierten Neuanmeldungen rund 4,6 Mio. Euro, diese sind teilweise refinanziert (etwa 2,0 Mio. Euro). Daraus ergibt sich ein zusätzlicher Nettoaufwand von rund 2,6 Mio. Euro. Den Neuanmeldungen stehen gemeldete Budgetreduzierungen bzw. -verschiebungen der Organisationseinheiten in Höhe von knapp 0,2 Mio. Euro gegenüber.

Zur besseren Übersicht über die Veränderungen der Planansätze sind in der Anlage die im Haushaltsentwurf enthaltenen Neuanmeldungen der jeweiligen Organisationseinheiten dargestellt. Diese Übersicht dient zugleich als Grundlage für die bevorstehende Lesung des Ergebnishaushalts.

Nach Berücksichtigung der Änderungen durch neue Aufgaben und Budgetverschiebungen wurden im Rahmen eines weiterentwickelten sogenannten Rasenmäher-Modells pauschale Kürzungen vorgenommen. Diese betrafen Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen sowie sonstige Aufwendungen mit jeweils unterschiedlichen Kürzungssätzen. Ziel der Maßnahme war es, einen Ausgleich der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeiten zu erreichen.

tigkeit zu erreichen, also einen Zahlungsmittelüberschuss im Finanzhaushalt zu erzielen. Hierfür war eine Kürzung in Höhe von insgesamt 22 Mio. Euro erforderlich. Nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – wie beispielsweise Auflösungen von Zuschüssen oder Abschreibungen – wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Trotz der vorgenommenen Kürzungen weist der Ergebnishaushalt weiterhin ein negatives Ergebnis von 11,7 Mio. Euro aus. Die ordentliche Tilgung kann somit ebenfalls nicht aus den laufenden Erträgen erwirtschaftet werden.